

In eigener Sache

Anstelle eines Editorial, hier nur kurz einige Bemerkungen "in eigener Sache":

Der Südostasien Informationsstelle mangelt es mal wieder an hauptamtlichen Mitarbeiter/innen. Mit Juni war nun endgültig klar, daß wir keine weiteren Zuschüsse zur Finanzierung von drei Stellen erhalten würden, die wir Anfang 1993 eingerichtet hatten. *Gebhard Körte*, verantwortlich für die Redaktionsarbeit, *Susanne Wycisk*, verantwortlich für das Projekt "Umwelt und Entwicklung", und *Martin Piegeler*, verantwortlich für den Vertrieb, mußten ihre hauptamtliche Mitarbeit einstellen. Sie haben nicht nur ihre unmittelbaren Verantwortungsgebiete betreut, sondern immer auch tatkräftig mitgeholfen, die Informationsstelle mit ihren vielfältigen Aktivitäten aufrechtzuerhalten. Im Namen des Vorstandes möchte ich mich an dieser Stelle ausdrücklich bei ihnen für ihre engagierte Mitarbeit bedanken. Sie werden weiter ehrenamtlich mitarbeiten, soweit es ihre Arbeits- und Lebensbedingungen ihnen erlauben.

Damit reduziert sich die Zahl der Hauptamtlichen im Büro auf zwei Mitarbeiter, wovon einer, *Fritz Seeberger*, aufgrund einer zweckgebundenen Finanzierung, fast ausschließlich den Bibliotheks-/Archivbereich betreut. Die täglich anfallende Arbeit und die eingegangenen Verpflichtungen können deshalb nur noch mit Mühe und z. T. unvollständig bewältigt werden. Ohne die ehrenamtliche Mitarbeit im Büro von Mitgliedern aus dem Raum Bochum/Dortmund, müßten wir radikal unsere Aktivitäten einschränken. Längerfristige Finanzierungsquellen für "Personalausgaben" sind leider auch (noch?) nicht in Sicht.

Auswirkungen auf die Arbeit an den Südostasien Informationen bleiben somit nicht aus. Ein Ausfall von regelmäßigen Mitarrbeiter/innen an der Zeitschrift aus anderen Städten kann nicht mehr im Büro aufgefangen werden. Deshalb gibt es in diesem Heft keine Nachrichten zu Malaysia, Singapur und Thailand. Wir möchten an dieser Stelle noch einmal hervorheben, daß diese Zeitschrift von der engagierten, nicht bezahlten Mitarbeit vieler Mitglieder und Freunde/innen lebt, und uns dafür bei ihnen ausdrücklich bedanken.

Als Schwerpunkt für das Heft 1/95 ist das Thema "Armut" geplant. Für Vorschläge und Anregungen sind wir dankbar. Die nächste Ausgabe hat keinen vorher festgelegten Schwerpunkt. Der Redaktionsschluß ist am 14. November.

Peter Franke

Zusammenarbeit zur Konfliktregulierung

Will Südostasien den fortgesetzten wirtschaftlichen Erfolg, müssen die Staaten zusammenarbeiten

Als größter Erfolg des diesjährigen Treffens der ASEAN-Außenminister in Bangkok gilt die erstmalige Durchführung des "ASEAN Regional Forum" - kurz ARF - zur Behandlung von Sicherheitsfragen in der Region. Die Außenminister der ASEAN-Staaten hatten sich am 25.7.94 mit ihren sogenannten Dialog-Partnern¹ an einen Tisch gesetzt und etwa drei Stunden über Konflikte in der Region diskutiert, insbesondere über die Halbinsel Korea und die Spratly-Inseln.

Trotz langjähriger Existenz² der Vereinigung Südostasiatischer Nationen - ASEAN - Thailand, Malaysia, Singapur, Indonesien, Brunei und Philippinen, ist gerade in den letzten Jahren zunehmend das "Bedürfnis" nach mehr Sicherheit gewachsen. Mit Auflösung der Blockkonfrontation ist das klare Feindbild des Kommunismus verschwunden. Man hatte sich bisher darauf verlassen, daß die "rote Gefahr" durch die US-Militärpräsenz in Schach gehalten wird, ganz so, wie es die USA auch in ihrer Pacific-Rim-Strategie seit Ende des 2. Weltkriegs gewollt und durchgesetzt haben. Alle mehr oder minder untereinander vorhandenen Konflikte³ wurden angesichts einer vermeintlich größeren Bedrohung zurückgestellt. Die USA haben nun in den letzten Jahren ihre Militärpräsenz verringert bzw. Einheiten ganz abgezogen, und es ist ein vermeintliches Machtvakuum entstanden.

Alle Militärstrategen der einzelnen Länder glauben, daß dieses "Vakuum" mit mehr eigenem Militär gefüllt werden muß. Dazu ist natürlich eine Ausrüstung mit den neuen Waffensystemen nötig, die von der kränkelnden Rüstungsindustrie der USA, Europas und einer Reihe von ehemaligen Ostblockstaaten wohlfeil angeboten wird⁴. Bei den anhaltend hohen Wirtschaftswachstumsraten in Thailand, Malaysia, Singapur und Indonesien meinen die Regierungen sich mehr Waffen leisten zu können und zu müssen. Die wachsende Aufrüstung aller ASEAN-Länder mit sogenannten "Offensiv-Waffen", also solchen Waffen, die weit über reine Landesgrenzen-Verteidigungszwecke hinausgehen, ist in den letzten Jahren offensichtlich.

Mit welchen besonderen Konfliktpotentialen haben wir es also heute in der Region Südostasien bzw. Asien-Pazifik zu tun? Wo liegen andererseits als Gegengewicht die Ansätze zu bilateraler und multilateraler Kooperation?

Konfliktpotentiale in Südostasien

Die Konfliktpotentiale sind sehr unterschiedlicher Natur und unterschiedlichen Ursprungs. Die geographischen Gegebenheiten sind ein wesentlicher Faktor. Ein Blick auf die Karte macht deutlich, daß alle Seewege und wichtigen Handelsrouten zwischen Europa und Ostasien - d.h. China, Taiwan, Korea und Japan - durch das Malaiische Archipel führen, zu dem Indonesien, Malaysia, Singapur, Brunei und die Philippinen gehören.

Die Kontrolle der Seewege nach Ostasien

Seit Beginn des Übersee- und Welt Handels ist die Kontrolle dieser Seewege immer ein entscheidender Faktor zur Ausübung einer Vorherrschaft in der Region gewesen. In der Kolonialzeit haben sich die europäischen Mächte Spanien, die Niederlande, England und Frankreich in ihren expansiven Bestrebungen immer wieder um die Kontrolle dieser Seewege, insbesondere der Straße von Malakka, bemüht. England hat allein zu diesem Zweck 1815 auf der Insel vor der südlichsten Spitze der Malaiischen Halbinsel Singapur als Handels- und Marinestützpunkt gegründet. Bis zur Eroberung Singapurs durch die Japaner im 2. Weltkrieg vom Land aus - denn von See her war es nicht einzunehmen - war es der Schlüssel zur britischen Vorherrschaft im malaiischen Archipel.

Nach dem 2. Weltkrieg übernahmen die USA die Aufgabe der Freihaltung der Seewege in Südostasien im Namen des reibungslosen, freien (kapitalistischen) Welthandels. Es war vor allem ihre z.T. gewalttätige, antikommunistische Politik, unterstützt von den Briten und Franzosen, die die Einführung und Durchsetzung des kapitalistischen Wirtschaftssystems ermöglichte. Heute sind die südostasiatischen Länder, allen voran die



ASEAN-Staaten, wenn auch noch vergleichsweise kleine, aber völlig eigenständige Akteure im Welthandel geworden. Der teilweise militärische Rückzug der USA aus der Region ermöglicht den Staaten mehr oder minder selber, unter Ausschluß der jeweils anderen Staaten, aktiv eine Kontrolle über die Seewege auszuüben. Eine Schließung der Seewege für den internationalen Seeverkehr kann zu Konflikten nicht nur mit Ländern innerhalb der Region Südostasiens, sondern auch mit weiter entfernten Ländern wie Japan, Korea oder dem Nahen Osten führen, die auf die Verschiffung ihrer Exportprodukte durch das Malaiische Archipel angewiesen sind.

Eine Schlüsselrolle kommt dabei Indonesien zu. Sein Territorium bildet praktisch eine Barriere zwischen Festlandasien und Australien. Ferner ist es mit über 180 Mio. Bewohner das bevölkerungsreichste Land in Südostasiens. Die indonesische Regierung könnte zum Beispiel allein mit der Schließung der Lombok- und der Sunda-Straße für den internationalen Seeverkehr den Weltmarkt empfindlich treffen. Sie hatte das 1988 bereits einmal mit der Begründung versucht, daß diese beiden Seewege nicht internationales, sondern nationales Gewässer seien.

Probleme um die Straße von Malakka könnte es mit Malaysia und Indonesien geben. Sie können die Durchfahrt leicht kontrollieren. Der rege Schiffverkehr ist eine Ursache für die wachsenden Umweltbelastungen der Küstengebiete und

stellt bei möglichen Unfällen mit Supertankern oder andere gefährliche Güter transportierenden Schiffen eine große Bedrohung der dort lebenden Bevölkerung dar. Restriktive Maßnahmen zur Eindämmung einer solchen Gefahr dürfen nach international geltendem Seerecht die beiden Staaten nicht einseitig ergreifen. So war es vor einigen Jahren umstritten, ob die beiden Staaten einem französischen Frachtschiff, das Plutonium von Europa nach Japan transportierte, die Benutzung der Straße von Malakka zum Schutz ihrer Küsten hätte verbieten dürfen. Die Durchsetzung möglicher Durchfahrtsverbote würde unweigerlich zu einem größeren internationalen Konflikt führen.

Umstritten ist für Indonesien ebenfalls die Zugehörigkeit der Nicobar-Inseln zu Indien. Sie liegen etwa 200 km nördlich der indonesischen Insel Sumatra, direkt in der Zufahrt der Straße von Malakka, und über 1000 km entfernt vom indischen Subkontinent. Immerhin ist Indien die größte asiatische Marinemacht nach China und bei einem vollständigen Abzug der US-Marine würde es faktisch den Indischen Ozean kontrollieren.

Das Südchinesische Meer ist seit Jahren der größte und wohl auch gefährlichste Konflikttherd in der Region Südostasiens. Streitpunkt ist die Zugehörigkeit der im nördlichen Teil gelegenen Gruppe der Paracel-Inseln und der mehr im Süden gelegenen Spratly-Gruppe mit über 90 mehr oder minder kleinen Inseln und Riffen. Durch dieses Gebiet führen nicht

nur die Seewege nach Ostasien, sondern es ist auch reich an Fischen und es werden dort größere Ölvorkommen vermutet.

China und Vietnam beanspruchen beide Inselgruppen vollständig für sich, einschließlich der dazugehörigen Wirtschaftszonen, was bedeuten würde, daß im Falle von China die Landesgrenze bis auf 5 Kilometer an die Küste von Sarawak rücken würde. China und Vietnam haben bereits einige der größeren Inseln besetzt und z.T. dort Militär stationiert. China hatte 1974 mit militärischen Mitteln Vietnamesen von einer der Paracel-Inseln vertrieben und 1988 von einem kleinen Riff der Spratly-Inseln. Die Anliegerstaaten Malaysia, Brunei und die Philippinen beanspruchen ebenfalls einige der vor ihrer Küste gelegenen Spratly-Inseln, ebenso Taiwan.

In den letzten Jahren hat es immer wieder Versuche gegeben, durch multilaterale Gespräche die Situation zu entschärfen. Trotz allgemeiner Beteuerungen von allen Seiten, man wolle keine kriegerischen Auseinandersetzungen, wird auf den jeweiligen Ansprüchen beharrt. Insbesondere die VR China zeigt in den Gesprächen keinerlei Bereitschaft, ihren Anspruch auf beide Inselgruppen auch nur in Frage stellen zu lassen. Sie ist allerdings bereit, über eine gemeinsame wirtschaftliche Nutzung zu verhandeln.

Das Recht auf Beanspruchung einer 200 Meilen Wirtschaftszone entlang der Küste nach dem internationalen Seerecht

hat in Südostasien zu einer Reihe von Konflikten geführt und wird auch in Zukunft zu Problemen zwischen den Ländern führen, z.B. beim Abbau von Erdgas- und Erdölvorkommen im Golf von Thailand durch Malaysia, Thailand, Kambodscha und Vietnam, oder auch bei den Fischereirechten im Celebes-Meer (zwischen Borneo, Sulawesi und Mindanao) für philippinische Fischer, deren Boote erst kürzlich von indonesischem Militär aufgebracht wurden.

Die Kontrolle des Mekong

Von ähnlich geostrategischer Bedeutung wie die Seewege sind einige Flüsse auf dem Festland-Südostasien. Weniger als Verkehrswege denn als potentielle Energiespender durch Staudämme für die Industrie und als Wasserspender für die Landwirtschaft sind sie meist von existentieller Bedeutung für die Anrainerlande.

So ist der Mekong die wichtigste Wasserquelle für die Landwirtschaft in Kambodscha und im südlichen Vietnam. Von seiner Quelle im tibetischen Hochland fließt er durch die südchinesische Provinz Yunnan, dann ein Stück entlang der laotisch-burmesischen Grenze, durch Nord-Laos und bildet danach die Grenze zwischen Thailand und Laos, bevor er Kambodscha durchquert, um an der südlichen Spitze Vietnams in einem weitverzweigten Delta ins Südchinesische Meer zu fließen. Stauung und Abzweigung des Wassers des Mekongs sowie seiner Zuflüsse können verheerende Wirkungen auf die jeweils unterhalb gelegenen Regionen haben. China plant in Yunnan mehrere Staudämme zur Elektrizitätsgewinnung (vgl. Beitrag in diesem Heft S. 32). In Thailand gibt es bereits umfangreiche Pläne zur Umleitung des Wassers einiger Mekong-Zuflüsse⁵. Zusammen mit Laos sollen noch weitere Staudämme entlang der gemeinsamen Grenze gebaut werden. Die Nutzung des Mekongs kann in Zukunft noch zu erheblichen Konflikten zwischen den Ländern führen. Um solchen Konflikten vorzubeugen bzw. ein gemeinsames Vorgehen bei der Nutzung des Mekongs zu erreichen, wurde bereits in den 60er Jahren auf Initiative der UN ein Mekong-Komitee gegründet, dem alle Anliegerstaaten bis auf China, das z. Zt. nur einen Beobachterstatus hat, angehören.

Grenzkonflikte und Territorialansprüche

Territorialansprüche der Regierungen in Südostasien bergen zum Teil ein erhebliches Potential für kriegerische Auseinandersetzungen in sich. Sie sind nicht nur Resultate einer willkürlichen Grenzziehung in der Kolonialzeit, sondern die Ansprüche werden häufig noch aus vorkolonialen Eroberungen bzw. Besetzungen abgeleitet, obgleich es damals noch keine Nationalstaaten mit entsprechend

definiertem nationalem Territorium gab. Zum offenen Ausbruch kamen diese Konflikte in der Nachkriegszeit lediglich in Vietnam, im Norden mit der VR China sowie im Süden mit Kambodscha (vgl. Beitrag in diesem Heft S. 10).

Zwischen Vietnam und Kambodscha hat sich Ende der 70er Jahre ein regelrechter Krieg um den "richtigen" Grenzverlauf entwickelt, der 1979 schließlich zum Einmarsch Vietnams nach Kambodscha.

Die Bildung der Föderation Malaysias 1963 auf Betreiben der Briten und ihrer Verbündeten, mit der die Entlassung der britischen Kolonien Nordborneo (heute Sabah), Sarawak und Singapur in die Unabhängigkeit erfolgte, hatte zu heftigem Widerstand Indonesiens geführt. Umstritten ist aktuell die Zugehörigkeit von den Inseln Ligitan und Sipadan vor der Küste von Sabah, an der Grenze zu Indonesien. Ferner beanspruchen die Philippinen Sabah als Teil des einstmaligen Sulu Sultanats (vgl. Beitrag in diesem Heft S. 37). Allerdings hat die philippinische Regierung selber erhebliche Schwierigkeiten, die muslimischen Moros auf Mindanao im Süden der Philippinen in ihren Staat zu integrieren⁶.

Teilung von Volksgruppen durch nationale Grenzen

Die Grenzziehungen auf dem Festland Südostasiens verlaufen oft durch Siedlungsgebiete von Volksgruppen der selben ethnischen Herkunft und kulturellen Tradition. Das ist insbesondere in Thailand zu beobachten. In den vier südlichen Provinzen leben muslimische Malaier, im Grenzgebiet zu Kambodscha Khmer, im Nordosten Laoten, im Norden und entlang der westlichen Grenze Volksgruppen aus Burma. Lediglich unter den Malaier in Südthailand gab und gibt es größere Unzufriedenheit, die in den 70er Jahren auch im bewaffneten Kampf der Patani United Liberation Organisation (PULO) für ein unabhängiges, islamisches Patani zum Ausdruck kam. Bisher wurden allerdings von Seiten der Regierungen Thailands und Malaysias die Grenzziehungen nicht in Frage gestellt. An der langen Grenze zu Laos gibt es allerdings noch mehrere Streitfälle über den Grenzverlauf.

Der unterschiedliche Umgang mit militanten Organisationen, die zum Teil militärisch in den Grenzgebieten operieren und Thailand bzw. das Nachbarland als Rückzugs- und Nachschubgebiet benutzen, führte häufiger zu erheblichen Spannungen zwischen der thailändischen Regierung und den Nachbarländern. So hat z.B. zur Zeit die stillschweigende Duldung von Operationen der Roten Khmer, insbesondere die Kanalisierung des Nachschubs über thailändisches Territorium durch das thailändische Militär, zu starken Verstimmungen zwischen Thailand und Kambodscha geführt (vgl.

Beitrag in diesem Heft S. 30). In den 70er und 80er Jahren gab es häufiger Spannungen zwischen Thailand und Malaysia. Die Politik der thailändischen Behörden gegenüber der von Thailand aus operierenden Kommunistischen Partei Malayas (MCP) sorgte ebenso für Verstimmungen wie das Verhalten der malaysischen Behörden gegenüber der z.T. von Malaysia aus operierenden PULO.

Stabilität und Legitimität der Staaten Südostasiens

Zu den Problemen der Staaten untereinander kommt die soziale und politische Stabilität in den einzelnen Länder hinzu. Deutlich wird am Beispiel Kambodschas, daß die Instabilität eines Landes zu erheblichen Spannungen in der Region führen kann. Flüchtlinge aus einem Land in die Nachbarländer schaffen unvorhersehbare Spannungen, die, verwickelt mit anderen Konfliktpotentialen, explosive Wirkungen zeigen können. So hat der bewaffnete Kampf des Moro Volkes um Selbstbestimmung in Südphilippinen zu einem Flüchtlingsstrom nach Sabah, Malaysia, geführt und somit Malaysia in den Konflikt indirekt einbezogen. Ebenso mußten die ASEAN-Länder mit den Flüchtlingen aus Vietnam, den sogenannten "boat-people", zurechtkommen.

Schon seit der Unabhängigkeit vom britischen Kolonialismus ist die Territoriale Integrität Burmas durch den Kampf um Selbstbestimmung und Eigenstaatlichkeit der nicht-burmesischen Volksgruppen in Frage gestellt. Die Legitimität des Staates wie seiner regierenden Militärjunta ist seit der Ignorierung des Ergebnisses der freien Wahlen vor 5 Jahren weiter in Frage gestellt. Hierzu entwickelten die ASEAN-Staaten sehr langsam und zögerlich eine gemeinsame Haltung.

Noch schwerer fällt es den Regierungen der südostasiatischen Länder, auf Indonesiens Besetzung von West-Papua, Osttimor und den immer wieder erneut aufbrechende Konflikt in Aceh/Sumatra zu reagieren. Auch wenn sie diese Konflikte zu "inneren Angelegenheiten" Indonesiens erklären, sind sie dennoch von den Auseinandersetzungen betroffen. Einerseits könnten die "internen Probleme" den größten Staat Südostasiens destabilisieren, mit unabsehbaren Folgen für die Region. Andererseits stehen die südostasiatischen Länder unter dem Druck einer internationalen Öffentlichkeit, die die Legitimität des indonesischen Vorgehens in Frage stellt.

Kooperation

Bei der hier nur angedeuteten komplizierten "Gemengelage" verschiedener Konfliktfelder muß man fragen, ob und wie die geschilderten Konflikte abgebaut werden können und welche Formen bi-

lateraler und multilateraler Kooperation zu einer Entschärfung beitragen können.

Die – z.T. erzwungene – Einbettung in das weltweite Sicherheitssystem während der Blockkonfrontation löst sich auf, und die in dieser Zeit schon geschaffene regionale Zusammenarbeit muß sich bewähren. ASEAN, nach drei vorangegangenen mißlungenen Versuchen 1967 erfolgreich gegründet, ist das wichtigste regionale Bündnis ohne außerregionale Mitglieder, welches die vorhandenen Konfliktpotentiale mindern und neutralisieren sowie Stabilität und Sicherheit fördern sollte, zugunsten der Entwicklung der einzelnen Länder. Dabei gibt es bisher keinerlei Form der multilateralen militärischen Zusammenarbeit, was nicht bedeutet, daß es keine punktuelle militärische Zusammenarbeit zwischen einzelnen Staaten aufgrund von bilateralen Vereinbarungen gibt, insbesondere auf dem Gebiet der Aufstandsbekämpfung. Es bestehen auch keinerlei Absichten eines engeren Zusammenschlusses, bei dem nationale Souveränitätsrechte an das Bündnis abgegeben würden.

Wirkungsvoll wurde ASEAN als politisches Konsultationsinstrument angesichts der Niederlage der USA in Kambodscha, Vietnam und Laos. Das schlug sich insbesondere in einer gemeinsamen Haltung gegenüber Vietnam in der Flüchtlingsfrage und der Besetzung Kambodschas nieder. Wirtschaftliche Zusammenarbeit wurde zwar offiziell immer sehr groß geschrieben, hatte aber bisher praktisch kaum Bedeutung der Länder⁷. Die Eingangs erwähnte Bildung des ARF scheint die Tendenz der Ausrichtung ASEANs zu bestätigen. Aber mit dem rapiden wirtschaftlichen Wachstum einiger ASEAN Länder gewinnt die Frage der wirtschaftlichen Zusammenarbeit zunehmend an Bedeutung.

Kapitalistische Wirtschaft – Zwang zur Kooperation oder Anstachelung von Konflikten?

Anders als noch vor 20 Jahren hat die nun vollständige Integration aller Länder in die kapitalistische Weltwirtschaft eine gemeinsame ökonomische Grundlage geschaffen, nämlich den Auf- und Ausbau einer kapitalistischen Wirtschaft mit gleicher Produktionsweise und Konsumstruktur. Ein integraler Bestandteil dieses Systems sind die wirtschaftlichen Außenbeziehungen, nicht zuletzt auch zu den Nachbarländern. Sie werden zu Kunden und Lieferanten, die den jeweils eigenen wirtschaftlichen Erfolg sichern helfen, sie werden aber auch zu Konkurrenten auf dem regionalen und auf dem Weltmarkt, die den wirtschaftlichen Erfolg der jeweils anderen Länder bedrohen.

Die ungehemmte wirtschaftliche Expansion erfordert eine Öffnung der Grenzen für Waren, Kapital und Arbeitskräfte. Wenn auch das Volumen des



ASEAN-Außenminister mit thailändischem Premierminister Chuan Leekpai (Mitte): (v.l.) Roberto Romulo (Philippinen), Ali Alatas (Indonesien), Prinz Haji Mohamed Bolkiah (Brunei), (v.r.) Shunmugam Jayakumar (Singapur), Ahmad Badawi (Malaysia) Foto: BPW 29.7.94

Handels zwischen den ASEAN-Ländern vergleichsweise niedriger ist als das mit den USA, West-Europa und Japan, so wächst es in den letzten Jahren doch stetig. Ebenso investieren Banken und kapitalstarke Unternehmen südostasiatischer Länder in ihren Nachbarländern und bilden sogenannte "joint ventures".

Mit dem Wachstum wächst die Konkurrenz, die möglicherweise neue Konflikte auf anderen Ebenen schafft. Einer dieser neuen Konflikte ist der vom Konsumenten gewollte und von den Produzenten gefürchtete Freihandel. Seit 1993 gibt es die ASEAN Freihandelszone (AFTA), die schrittweise den freien Warenverkehr zwischen den ASEAN Staaten ermöglichen soll. Damit nicht die jetzt bereits wirtschaftlich stärksten Länder innerhalb AFTA am meisten davon profitieren, ist dieser Prozeß sehr langwierig und es gibt umfangreiche Listen jener Produkte, die Produkte genannt sind, die die Länder aus dem Freihandel herausnehmen⁸. Erst im Jahr 2008 sollen für alle Produkte die Zölle innerhalb der ASEAN fallen.

Die Wachstumsregionen

Eine wirtschaftliche Zusammenarbeit findet in den letzten Jahren verstärkt zwischen Privatunternehmen und bestimmten, unmittelbar benachbarten Regionen verschiedener Länder statt, die von den jeweiligen Regierungen durch Infrastrukturprojekte gefördert wird. Seit einigen Jahren gibt es eine Reihe von sogenannten "Wachstumsdreiecken" in Südostasien, in denen eine über die jeweiligen Landesgrenzen hinausgehende wirtschaftliche Zusammenarbeit gefördert werden soll.

Das bekannteste und bisher am weitesten entwickelte ist "SiJoRi" (Singapur, Johore, Riau) an der Südspitze der Malaiischen Halbinsel mit Malaysia, Sin-

gapur und Indonesien⁹. Hier soll eine Industrie- und Dienstleistungsregion entstehen, mit Singapur in der Mitte, dessen Expansionsmöglichkeiten durch die Begrenzung von Land und Bevölkerung eingeschränkt wird. Indonesien kann Land, Arbeitskräfte und Rohstoffe liefern, ebenso Malaysia, während Singapur Kapital, Technologie und Marketing know-how einbringt. An dieser Zusammenarbeit wird wohl auch die politische Intention des kleinen, aber wirtschaftlich so erfolgreichen Stadtstaates deutlich: Um der Gefahr zu entgehen, von den großen Nachbarländern "erdrückt" zu werden, bindet es sie in seine weiteren Entwicklungspläne und deren Erfolge ein, so daß diese keinerlei Interesse daran haben können, daß Singapur bedroht wird.

Das Modell der Wachstumsdreiecke hat Schule gemacht. Seit einem Jahr wird ein nördliches Wachstumsdreieck, bestehend aus der Nordspitze von Sumatra, Nord-Malaysia und Südthailand, in Angriff genommen¹⁰. Im März dieses Jahres wurde in Davao City auf Mindanao in den Philippinen ein Protokoll zur Bildung einer Ost-ASEAN Wachstumsregion unterzeichnet, welche die philippinische Insel Mindanao, Borneo mit dem indonesischen West- und Ost-Kalimantan, dem malaysischen Sarawak und Sabah und dem Öl-Staat Brunei sowie den indonesischen Inseln Sulawesi und Molukken einbezieht¹¹. Thailand projektiert im Nordosten eine Wachstumsregion zusammen mit Laos, Vietnam und Kambodscha, wozu als Voraussetzung der Ausbau des Straßennetzes in Angriff genommen wird. Ähnliches entwickelt sich zwischen Thailand, Burma, China und Laos (vgl. Beitrag in diesem Heft S. 32).

Auffälligerweise befinden sich alle gemeinsamen "Wachstumsregionen" in

Gebieten, in denen z.T. gleich mehrere Konfliktfelder vorhanden sind, so etwa im nördlichen Wachstumsdreieck (Ace, Thai-Muslime) und in der östlichen Wachstumsregion (Moro, Sabah-Frage). Wirtschaftswachstum einhergehend mit einem höheren Lebensstandard auf allen Seiten der Grenzen in Abhängigkeit voneinander soll und könnte bestimmte Konfliktpotentiale zwischen den Nationen mildern oder gar abbauen. Unklar bleibt jedoch, inwiefern die kapitalistische Wirtschaftsform nicht neue soziale Konflikte schafft, wenn der bessere Lebensstandard einige soziale Schichten nicht erreicht. In solch einem Fall würde allerdings die Frontlinie nicht zwischen den Staaten, sondern zwischen den sozialen Klassen liegen. Die Regierungen könnten dann wieder auf ihre langjährige Zusammenarbeit bei der Aufstandsbe-kämpfung zurückgreifen.

Gemeinsame "think-tanks" zur Analyse und Vorbeugung

Parallel zum wirtschaftlichen Wachstum der letzten Jahre entwickelt sich ein reger Gedanken- und Meinungsaustausch unter exponierten Persönlichkeiten und Experten der verschiedenen Länder auf unterschiedlichen Ebenen. Es werden

Foren veranstaltet, auf denen sich hochrangige Politiker über die Zukunftsperspektiven der Region auslassen. Asia Society, Singapurs Institute for Policy Studies und Dow Jones & Co., der Herausgeber der Far Eastern Economic Review, veranstalteten in Singapur vom 17.-19. Mai dieses Jahres eine Konferenz zum Thema "Wellen der Zukunft: ASEAN, Vietnam und China". Dort äußerten sich Premierminister oder ihre Stellvertreter mit Visionen, Analysen, Reflektionen und Warnungen¹². Es gibt Colloquia, Konferenzen, Seminare auf weniger hochrangiger Ebene, wie etwa in Manila vom 16.-17.1.94 das ASEAN-Colloquium über Menschenrechte, gemeinsam veranstaltet von verschiedenen - von staatlicher Seite unterstützten - Instituten für Strategische und Internationale Studien der ASEAN-Ländern¹³.

Die Zusammenarbeit von Wissenschaftlern und politischen Persönlichkeiten aus verschiedenen ASEAN-Ländern kann auch Ausdruck bestimmter Denkrichtungen sein, von denen aus Anstöße gegeben werden sollen. So wurde am 7.6.94 gleichzeitig in Bangkok und Kuala Lumpur eine Erklärung unter dem Titel *Southeast Asia beyond the Year 2000, a Statement of Vision* veröffent-

licht, die Ende Mai 1994 Wissenschaftler und Politiker aus Thailand, Malaysia, den Philippinen, China, Indonesien, Burma, Vietnam, Kambodscha, Laos und Singapur in Manila ausgearbeitet hatten¹⁴. Ähnlich Zusammenarbeit von "think tanks" und Wissenschaftlern im Raum Asien-Pazifik sind in den letzten Jahren ebenfalls entstanden, die von einigen Beobachtern euphorisch als Zusammenarbeit von Nichtregierungsorganisationen (NRO) gesehen werden¹⁵. Sie stellen einen öffentlichen Meinungsbildungsprozeß zu internationalen Fragen dar, der durchaus von offiziellen Regierungmeinungen und offizieller Regierungspolitik abweichen kann.

Zusammenarbeit der NROs

Aber nicht nur auf der mehr oder minder "offiziösen" Ebene entwickelt sich ein öffentlicher Gedankenaustausch und eine Zusammenarbeit über die nationalen Grenzen hinweg. Schon seit mehreren Jahren versuchen basisbezogene NROs eine Vernetzung über die nationalen Grenzen hinweg zu organisieren. Häufig sind diese Vernetzungsaktivitäten in internationale oder gesamtasiatische Aktivitäten eingebettet und zum Teil zu-

Solidarität unter ASEAN-Regierungen: Einreiseverbot für islamischen Sektenführer

Hatte Präsident Suharto noch im Sommer massiven Druck auf den philippinischen Staatschef Ramos ausgeübt, als es ihm darum ging, die internationale Ost-Timor-Konferenz von Nichtregierungsorganisationen in Manila zu verhindern, so war er es diesmal, der sich den Wünschen eines Nachbarn beugte: Der malaysische Premierminister Mahathir Mohamad war in Schwierigkeiten und bat seine Nachbarn um Solidarität. Anlaß war die islamische Sekte Darul Arqam und ihr Führer Abuya Ashaari, die der malaysische Premierminister und die regierende UMNO-Partei als massive Bedrohung empfinden. Mahathir appellierte an die anderen ASEAN-Führer zu verhindern, daß diese Gruppe weiter an Macht gewinnt, und wandte sich dabei besonders an das islamische Indonesien.

Die Darul Arqam-Bewegung existiert bereits seit 26 Jahren. Ihre Mitglieder sind der Überzeugung, daß der Islam seinen Ursprung im Fernen Osten hat. Ihr Ziel ist es, Malaysia in einen islamischen Staat umzufunktionieren und dies dann auf die Nachbarländer auszudehnen. Für diese Zwecke wollte sich die Sekte der islamischen Partei PAS bedienen, von der man sich jedoch wieder entfernte: PAS erschien Abuya Ashaari zu weit entfernt von den Grundsätzen des Islam und ausschließlich auf die praktische Politik konzentriert.

Man schätzt, daß Darul Arqam in Malaysia 10.000 Anhänger hat. Die Bewegung verfügt über 48 Gemeinschaften mit eigenen Schulen und Krankenhäusern. Ihre Stärke ist eine solide ökonomische Basis: Darul Arqam unterhält Supermärkte, ist im Ölgeschäft, in der Plantagenwirtschaft und im Bankenwesen aktiv und hat in 16 Ländern bereits 22 Unternehmen aufgebaut. Man agiert nach dem Prinzip "small is beautiful", versucht viele Arbeitskräfte zu beschäftigen, Nicht-Arbeitsfähige wie Alte und Behinderte zu unterstützen und an den Grundbedürfnissen der Bevölkerung anzusetzen. Mit diesen hehren Prinzipien stößt die Sekte, die sich rein äußerlich nahöstlich islamisch gibt, bei der Bevölkerung Malaysias auf viel Sympathie.

Mahathir sieht in der Sekte eine Bedrohung für die nationale Stabilität und vor allem für seine Person. Unlängst prophezeite Ashaari das Ende von Mahathirs Regierungszeit für die nächsten Monate. In Kuala Lumpur bezeichneten Regierungsmitglieder die Sekte als vom rechten Pfad der islamischen Lehre abgekommen und damit als "Kult". Führer Ashaari war bereits unter dem "Gesetz für Innere Sicherheit" (ISA) für 60 Tage inhaftiert worden. Jetzt befürchtet man, daß er zum Märtyrer werden könne.

In Malaysia wurde Darul Arqam am 26. August verboten. In Indonesien hatte

der Oberste Islamische Rat (Majelis Ulama) die Sekte bereits vor einigen Jahren aus den Provinzen Aceh, Riau und West-Sumatra verbannt. Jetzt sprach Präsident Suharto auf Bitten von Mahathir hin das Einreiseverbot für Abuya Ashaari aus. Thailand hat ein anfänglich ausgesprochenes Einreiseverbot der Sektenmitglieder im August wieder zurückgenommen. Am 2.9. verhaftete jedoch die thailändische Polizei den im thailändischen Exil lebenden Ashaari, schaffte ihn an die Grenze nach Malaysia und übergab ihn der malaysischen Geheimpolizei "Special Branch".

Der Fall zeigt, daß sich die Zusammenarbeit der ASEAN-Staaten nicht alleine auf wirtschaftliche und sicherheitspolitische Angelegenheiten beschränkt. Ist ein ASEAN-Land mit einer innenpolitischen Schwierigkeit konfrontiert, die auch im Zusammenhang mit den Nachbarländern gesehen werden kann, fordern die Regierungen die Solidarität der Partner ein. Dabei handelt es sich um ein Geben und Nehmen, je nach politischer Opportunität ist die Kooperationsbereitschaft auch eine persönliche Angelegenheit der jeweiligen Machthaber.

Agus Setiawan

Quellen: FEER vom 8.9. S.13, 15.9.94, S.14f; Sinar vom 1.8.94; BPW 2.9.94.

fällig. Konferenzen sind meist ein isoliertes Ereignis, dem selten kontinuierlicher, institutionalisierter Kontakt und eine intensivere Zusammenarbeit folgen. Mangelnde Erfahrungen bei internationaler Zusammenarbeit, Unkenntnisse über die Situation der Nachbarländer und unterschiedliche Sprachen und politische Kulturen erschweren das bisher.

Aber die persönlichen Erfahrungen einer wachsenden Anzahl von NRO-Aktivisten in der Begegnung mit sozial und politisch aktiven Menschen aus anderen Ländern führt zu einer zunehmend verbindlicheren Zusammenarbeit verschiedenartiger NROs innerhalb der Region Südostasien sowie Asien-Pazifik. Die UN-Menschenrechtskonferenz in Wien 1993 war z.B. Anlaß für eine verbindlichere und kontinuierliche Vernetzung entsprechender Organisationen aus dem Raum Asien-Pazifik, die nicht nur vor dem Ereignis stattfand, sondern auch weitergeführt worden ist. Ausdruck davon ist u.a. auch die Osttimor-Konferenz in Manila Ende Mai, welche die indonesische Regierung so erzürnt hat. Ferner veranstalteten anläßlich der oben erwähnten ASEAN-Außenministerkonferenz in Bangkok thailändische Menschenrechtsorganisationen ein "Seminar" unter Beteiligung von Gästen aus den ASEAN-Ländern mit den Titel *South-east Asian NGOs Forum on Human Rights and Development*, wo auch die Themen Osttimor und Burma behandelt wurden.

Notwendigkeit der Öffnung und Zusammenarbeit

Südostasien, als wirtschaftliche Wachstumsregion völlig im Einklang mit der bestehenden (kapitalistischen) Weltwirtschaftsordnung, wird die bestehenden Konfliktpotentiale unter Kontrolle bekommen müssen, will es nicht seine wirtschaftlichen Erfolge aufs Spiel setzen. Nicht nur macht die Regelung von Konflikten und die Wahrung von Sicherheit und Stabilität eine engere Zusammenarbeit untereinander notwendig, sondern vor allem verlangt das Wirtschaftssystem eine Öffnung der Grenzen für einen möglichst ungehinderten Waren- und Kapitalverkehr. Die Regierungen der Staaten werden stückweise Teile ihrer nationalen Souveränität zu Gunsten einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit abgeben und gleichzeitig versuchen, für sich dabei die möglichst günstigsten Bedingungen herauszuschlagen. Ob diese Zusammenarbeit der breiten Bevölkerung mehr Nutzen als Schaden bringt, ist noch nicht abzusehen.

Peter Franke

Der Verfasser ist langjähriger verantwortlicher Redakteur der südostasien informationen.

Anmerkungen:

1) *Als Dialogpartner waren die USA, Australien, Kanada, Neuseeland, die Europäische Union (vertreten durch den deutschen Außenminister Kinkel), Südkorea und Japan anwesend. Als*

- Gäste geladen waren die VR China, Rußland, Vietnam, Laos und Papua Neuguinea.*
- 2) *Offizielles Gründungsjahr ist 1967.*
 - 3) *vgl. u.a. Schwerpunktheft Südostasien Informationen Nr. 4/1985 "Regionale Konflikte in Südostasien"*
 - 4) *Ein asiatischer Wissenschaftler machte auf einer Tagung über Verteidigung in der Asien-Pazifik Region in diesem Jahr folgende Bemerkung: "Man kann ein wenig überzogen sagen, daß der eigentliche Rüstungswettlauf in Südostasien eher ein Wettlauf der Anbieter ist als der Käufer. Die großen Waffenhersteller im Westen und Osten sind gezwungen, die Marktverluste in ihren Heimatländern zu kompensieren, und die Überproduktion an Ausrüstung im Ausland abzusetzen, um die Beschäftigung im eigenen Land sicherzustellen. Das hat zum größten Käufermarkt der Welt geführt." (Quelle!?) --> Papier Martin Broek; vgl. auch R. Kahrs, Waffen für ein Vakuum. Deutsche Rüstungsexportinteressen in Fernost, in: SOAI 4/93 S.4-7*
 - 5) *vgl. Regina von Reuben, Thailands Elektrizitätswerk rüstet zum Wasserkrieg, in: SOAI 2/94, S.35-38*
 - 6) *vgl. u.a. R. Werning, Zwischen Autonomie und Sezession: die Moros in den Südphilippinen, SOAI 4/85, S.50ff*
 - 7) *vgl. W. Pfennig, ASEAN: Durch regionale Zusammenarbeit zu mehr Sicherheit und bessere Entwicklung? in: R. Dürr/R. Hanisch (Hrsg.), Südostasien - Tradition und Gegenwart, Braunschweig 1986, S.114 ff; K.-A. Pretzell, Der Weg der ASEAN, in: Südostasien Aktuell, März 1994, S.159 ff.*
 - 8) *vgl. Peter M. Ungprakon, Barriers must go - yours first, in: Bangkok Post Mid-Year Review 1994, 30.6.94, S. 20*
 - 9) *vgl. SOAI Nr. 1/94, S.48 ff.*
 - 10) *vgl. SOAI Nr. 1/94, S.42*
 - 11) *vgl. AW 15.6.94, S.41 ff.*
 - 12) *vgl. FEER 2.6.94, S.20 f.*
 - 13) *Bonn ASEAN Committe Newsletter No. 38, 1994, S.8 f.*
 - 14) *vgl. BPW 17.6.94*
 - 15) *vgl. FEER 30.6.1994, S. 29*

Dokumentation

Ein asiatisches Programm für den Sozialgipfel Erklärung der Konferenz Asiatisch-Pazifischer Nichtregierungsorganisationen (APNC)

Wir sind asiatische Nichtregierungsorganisationen, die einen Anteil am UN-Weltgipfel über die soziale Entwicklung beanspruchen, der 1995 in Kopenhagen stattfinden wird. Zugleich sind wir asiatische Bürger, Männer und Frauen, die ihr Recht wahrnehmen, ihre Meinung über die Gestaltung der zukünftigen Sozialordnung in der Welt, speziell im asiatisch-pazifischen Raum, zu äußern.

Die Region, in der wir leben, hat einen wesentlichen Anteil am "Guten" sowie am "Schlechten" in der Welt. Das "Gute" liegt im Reichtum der Region: mehr als die Hälfte der Menschheit, reiche Artenvielfalt, große Religionen, extrem unterschiedliche und alte einheimische Kulturen und Kommunikationstraditionen.

Unsere Region hat den größten Anteil an der Armut - 800 Mio. der 1,2 Mrd. Ärmsten auf der Welt - trotz ihres großen Beitrags zur Produktion des Reichtums für die Menschheit insgesamt.

Wir haben die höchste Anzahl ausgeschlossener, unsichtbarer, nicht partizipierender, diskriminierter Menschen; die Mehrzahl von ihnen ist weiblich.

Wir sehen uns einem Spektrum gegenüber aus größer werdendem Mangel, zunehmenden zivilen und ethnischen Konflikten, unfreiwilligen Massenwanderungen, Prostitution, Drogensucht, Kriminalität und Gewalt, Mausehelei und Korruption in Führungspositionen, Überkonsumtion und Monopolisierung von Ressourcen und Entscheidungen durch wenige - das alles trägt zur Auflösung sozialer Werte und des sozialen Zusammenhangs bei.

In stets wachsendem Ausmaß verlieren wir einen großen Teil des Natursystems, das das Leben erhält - unser Land, unsere Wälder, unsere Meere und den sauberen Himmel über uns.

Unsere Gesellschaften befinden sich im Umbruch. Die meisten haben sich von

der kolonialen Vergangenheit frei gemacht, obwohl manche weiterhin in ihr gefangen bleiben. Wir haben viele große Volksbewegungen gesehen, die Regierungswechsel in eine demokratischere Richtung verursachten, obwohl viele Regierungen weiterhin autoritär und repressiv sind. Wir schütteln negative Hinterlassenschaften bei dem Versuch ab, unsere zwar begrabenen, aber fortbestehenden Wurzeln zurückzuverfolgen und zurückzugewinnen. Wir wollen an den positiven Errungenschaften des menschlichen Fortschritts teilhaben, genauso wie wir unseren Wurzeln eng verbunden bleiben.

Wir sind dazu verpflichtet, manche Veränderungen zu initiieren und zu unterstützen, anderen aber zu widerstehen. Und wir sind uns völlig bewußt, wo wir stehen, wenn wir unsere Träume haben von einer neuen Gesellschaft für alle Menschen und für die Asiaten. Wir stellen fest, daß die Region Asien-Pazifik mit all ihren Stärken, ihren vorhandenen menschlichen und natürlichen Energien, den Schwächen und dem gemeinsamen Willen jede Art von entstehender Weltsozialordnung befördern oder behindern kann.